



**Michael Schrodi**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### Eine schallende Ohrfeige für CDU und CSU

Olching, 14.03.2025

**Michael Schrodi, MdB**  
Ilzweg 1  
82140 Olching  
Telefon: +49 8142 501 0589  
michael.schrodi.wk@bundestag.de

**Berliner Büro:**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jakob-Kaiser-Haus  
Raum: 2.421  
Telefon: +49 30 227-77541  
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion

**Der Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, erklärt zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU zur politischen Neutralität zivilgesellschaftlicher Organisationen: „Wir werden weiterhin den Einsatz für Demokratie und Rechtsstaat schützen und fördern. Es muss Schluss sein mit den Einschüchterungsversuchen der CDU/CSU gegenüber engagierten Bürgerinnen und Bürgern.“**

Zahlreiche örtliche Organisationen haben sich aufgrund der Anfrage von CDU und CSU an Michael Schrodi gewandt, weil sie sich zu Unrecht beschuldigt fühlten und aus Sorge vor Nachteilen für ihr Engagement.

Auf die 551 Fragen von CDU/CSU liegt nun die Antwort der Bundesregierung vor. Die Süddeutsche Zeitung kommentiert völlig zu Recht: „Eine Antwort wie eine Ohrfeige.“

Die Bundesregierung stellt fest: Der freiheitlich-demokratische Verfassungsstaat lebt von "zivilgesellschaftlichem Engagement für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben". Der Staat habe die Aufgabe, für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten. Hierzu zähle auch die aktive und passive Förderung bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements. Über diese Frage habe es immer einen parteiübergreifenden Konsens gegeben – bisher auch mit CDU und CSU.

Michael Schrodi dazu: „Es ging von vorneherein nicht um saubere parlamentarische Arbeit oder eine fundierte juristische Prüfung, sondern allein um Stimmungsmache und Einschüchterung. Statt ihr Abstimmungsverhalten gemeinsam mit der rechtsextremen AfD kritisch zu hinterfragen, greifen CDU und CSU diejenigen Menschen an, die sich um unsere Demokratie sorgen. Ein Unding!“



Die Bundesregierung stellt zudem fest, dass eine vereinzelte tagespolitische Parteinahme aus Gründen der Verhältnismäßigkeit als Bagatelle einzustufen ist und nicht zu staatlichen Sanktionen führen. Weder Bundestag noch Bundesregierung steht es zu, die Gemeinnützigkeit einzelner Organisationen zu überprüfen. Die Zuständigkeit liegt allein bei den Länderfinanzverwaltungen und den Finanzämtern. Es steht der Bundesregierung nicht zu, Informationen über zivilgesellschaftliche Organisationen zu sammeln und ihre Tätigkeit zu überwachen.

Mit ihrer Antwort auf die Anfrage erteilt die Bundesregierung der CDU und CSU eine Nachhilfestunde in Demokratie. Darüber kann man erleichtert sein. Die negative Auswirkung dieser Anfrage besteht aber darin, dass jede einzelne Prüfung der Gemeinnützigkeit beim Finanzamt für bestimmte und missliebige Organisationen in Zukunft erschwert werden könnte.

Michael Schrodi appelliert: „Wir rufen alle zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für Demokratie, Rechtsstaat, Meinungsfreiheit und gegen Rassismus sowie Rechtsextremismus einsetzen auf, sich nicht einschüchtern zu lassen. Wir werden unsererseits alles tun, um für mehr Rechtssicherheit für politisches Engagement zu sorgen, was mit CDU/CSU und FDP bisher leider nicht möglich war.“